

Précis [pʁe 'si:]

// MAI 2022

Open-was...!?

Einstellungen zu Open Data und Open Government am Niederrhein

Andreas Braun, Phillip Nguyen & Dennis Frieß

Kontakt: dennis.friess@hhu.de

Abstract

Die vorliegende Untersuchung befasst sich mit den Einstellungen, dem Wissensstand und dem bisherigen Erfahrungsschatz von Mitarbeiter*innen der Kommunalverwaltungen der Städte Geldern, Kleve und Moers zu den Themenfeldern Open Government und Open Data. Die Studie entstand im Kontext des durch das BMI geförderten Projektes *Reallabor Niederrhein*. Ziel des Projekts ist es, Open Data und Open Government in den beteiligten Kommunen weiter zu entwickeln und ein Transferkonzept auszuarbeiten. Die Ergebnisse einer Online-Umfrage deuten darauf hin, dass die Vertrautheit und die alltägliche Praxis mit Open Data und Open Government unter den 239 Befragten moderat sind. Sehr positiv sind hingegen die allgemeinen Einstellungen und Meinungen zu den beiden Themen gelagert. Sowohl Open Data als auch Open Government werden eine demokratie- und transparenzfördernde Wirkung zugeschrieben. Auch ihre Bereitstellung bzw. Umsetzung wird als sinnvoll und positiv erachtet, zudem besteht ein großer Wille zur Fort- und Weiterbildung. Dem stehen durchschnittlich geringe Erfahrungswerte und Berührungspunkte mit diesen Feldern gegenüber. Es konnten zudem einige deutliche Herausforderungen bei der Umsetzung einer offenen Verwaltungskultur identifiziert werden, beispielsweise im Bereich des personellen Fachwissens und der Ressourcenausstattung.



Andreas Braun und Phillip Nguyen sind Kollegiaten des NRW-Forschungskolleg Online-Partizipation. Dr. Dennis Frieß ist Koordinator des Kollegs an dem interdisziplinär zum Thema Online-Beteiligung geforscht wird.

Referenzen zum Thema

Frieß, D. (2018). Orientierung im E-Wald. Definitionen und eine Systematisierung verschiedener E-Begriffe im Kontext digitaler Politik und Verwaltungshandeln. *Deutsche Verwaltungspraxis*, 69(11), 420-424.

Frieß, D., Nguyen, P. & Braun, A. (2021). Einstellungen zu Open-Data & Open-Government am Niederrhein. Ergebnisse einer Umfrage unter Verwaltungsangestellten in Geldern, Kleve und Moers. Auswertungsbericht, *Reallabor Niederrhein: Moers*.

Nguyen, P. (2021). Die Einstellung zu Online-Partizipation und deren Entstehung – Eine qualitative Studie deutscher Verwaltungsmitarbeiter, *Wissenschaftliche Kommission Organisation im Verband der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft*, Online-Vortrag.

Einleitung

Das Thema Offenes Verwaltungshandeln (im Folgenden Open Government) wird mittlerweile seit knapp 30 Jahren diskutiert. Abstrakt gesprochen handelt es sich dabei um ein Steuerungsparadigma für moderne Verwaltungen, welches die Beziehungen und Interaktionen zwischen Staat, Bürgerschaft und anderen Stakeholdern neu konzeptualisiert. Dabei fordert es ältere Steuerungsregime wie das New Public Management der 90er Jahre oder den klassischen bürokratischen Staat à la Max Weber heraus (Blasio & Selva, 2016, S. 225). Für Open Government sind Transparenz, Partizipation und Kooperation zentrale Stichworte, wobei digitale Technologien für jeden der genannten Aspekte eine wichtige Rolle spielen. Vor diesem Hintergrund wird die Beziehung von Staat und Gesellschaft grundlegend neu gedacht (Clarke & Margetts, 2014).

Open Government kann dabei als die bewusste und systematische Öffnung von (Lokal-)Politik und Kommunalverwaltung für die Interessen, Anforderungen und Fähigkeiten der vielfältigen, mobilen, digitalen und zunehmend globalisierten Gesellschaft in den Gemeinden, Städten und Kreisen definiert werden (Neutzner, 2019). Offene Daten (im Folgenden Open Data) sind ein wichtiger Bestandteil der Bemühungen um die Modernisierung und Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen im Kontext von Open Government (Neutzner, 2019). Durch die Bereitstellung von Daten kann eine höhere Transparenz der Entscheidungsfindung und eine höhere Beteiligung und Akzeptanz der Bürger*innen erwirkt werden. Projekte wie die seit 2011 laufende Open Government Partnership Initiative bemühen sich um ein entsprechendes Umdenken des Verwaltungshandelns. Bei der Verabschiedung des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung gab es Bestimmungen mit klarem Bezug zum Open Government, beispielsweise auch mit Blick auf die Bereitstellung von Open Data. Mit dem Open-Data-Gesetz von 2017 und 2021 liegt ein entsprechender rechtlicher Rahmen vor (Bundesregierung 2021). Mit der 2019 verabschiedeten und bis Juli 2021 umzusetzenden EU-Richtlinie über Open

Data liegt zudem eine europäische Regelung vor, welche die Pflicht zur Bereitstellung von Daten für den öffentlichen Sektor nochmals ausgeweitet hat (EUR-Lex 2019).

Allerdings deutet vieles darauf hin, dass zwischen der politisch normierten Idee und der tatsächlichen Verwaltungspraxis Diskrepanzen bestehen. Nur 111 der 10.796 deutschen Gemeinden, also etwas mehr als 1 Prozent, verfügen im Februar 2022 über explizite Open-Data-Portale, wobei Großstädte (76) wesentlich häufiger repräsentiert sind (Open Data Atlas, 2022). Eine Umfrage unter kommunalen Verantwortlichen für Datenkoordination im Jahr 2020 stützt diesen Befund: Lediglich 6 Prozent der Kommunen mit unter 50.000 Einwohner*innen konnten überhaupt eine verantwortliche Person für Open Data benennen, bei den mittelgroßen Gemeinden (50.001-100.000 Einwohner) sind es 12 Prozent. Hier wird das grundlegende Problem diagnostiziert, dass dieses Querschnittsthema häufig ohne institutionelle Koordinationsstelle bleibt (Bürger & Hoch, 2020).

Die vorliegende Untersuchung richtet den Blick auf drei Kommunen am Niederrhein (Geldern, Kleve und Moers), die sich im Modell-Projekt Reallabor Niederrhein zusammengeschlossen haben. Das Reallabor Niederrhein ist ein durch das Bundesministerium des Innern (BMI) sowie der kommunalen Spitzenverbände gefördertes Modell-Projekt. Ziel des Projekts ist es, das Thema Open Data und Open Government stärker in der Gesellschaft zu verankern und sich gemeinsam den Herausforderungen durch den Strukturwandel im rheinischen Revier zu stellen. Im Rahmen des Labors soll das gemeinschaftliche Handeln von öffentlicher Verwaltung und Zivilgesellschaft offene Verwaltungskultur fördern und mit Hilfe von Open Data einen Mehrwert für die Bürger*innen der Region erzeugen. Die vorliegende Studie untersucht die Einstellung, den Erfahrungsstand und Ideen der Mitarbeiter*innen dieser Städte zu den Themenfeldern Open Data und Open Government. Hierdurch sollen Herausforderungen herausgearbeitet und mögliche Potenziale erkannt werden.

Methode & Daten

Für die standardisierte Online-Umfrage wurde auf das Befragungstool Unipark zurückgegriffen. Die Studie wurde hauptverantwortlich vom NRW-Forschungskolleg Online-Partizipation, in Kooperation mit den Kommunen Geldern, Kleve und Moers, durchgeführt. Die Verteilung erfolgte nach Rücksprache mit den Bürgermeister*innen über die Intranets und über E-Mail-Einladungen in den jeweiligen Kommunen. Im Zeitraum vom 6. März bis 20. April 2021 hatten alle Verwaltungsmitarbeitenden der Kommunen (N = 1436; Geldern = 366; Kleve = 520; Moers = 550) die Möglichkeit, anonym an der Umfrage teilzunehmen. Insgesamt haben 239 Personen die Umfrage abgeschlossen, was einer Rücklaufquote von rund 17 Prozent entspricht. Dabei zeigten sich teilweise deutliche Unterschiede zwischen den Kommunen in der Teilnahmebereitschaft (Geldern: n = 83 / Rücklauf = 23%; Kleve: n = 49 / Rücklauf 9%; Moers: n = 107 / Rücklauf = 19%). Die Bearbeitungszeit lag im Durchschnitt bei ca. 16 Minuten. Dabei konnten keine typischen „Abbrecherfragen“ identifiziert werden.

Es handelt sich somit um ein selbstselektiertes Sample, welches keine repräsentativen Rückschlüsse zulässt, sehr wohl aber erste Hinweise auf vorhandene Einstellungen und Meinungen geben kann. Die soziodemographischen Daten deuten darauf hin, dass die Befragten überwiegend weiblich (56%), älter als 36 (73%) und formell überdurchschnittlich hoch gebildet sind (Hochschulabschluss: 55%; Abitur 22%; Real- & Hauptschulabschluss: 14%). Die durchschnittliche Dienstdauer von 17,7 Jahren spricht für ein verwaltungserfahrenes Sample.

Ergebnisse

Im ersten Teil der Umfrage interessierten uns die Kenntnisse, Erfahrungen und Meinungen der Verwaltungsmitarbeitenden zum Thema Open Data. Unter Open Data verstehen wir durch Verwaltungen veröffentlichte Daten, die von allen und zu jedem Zweck verwendet werden dürfen. In der Regel sind solche Daten roh und maschinenlesbar, d. h. sie können ohne größeren Aufwand in Apps, Webseiten und andere IT-Anwendungen integ-

riert oder automatisch visualisiert werden. Interpretation der Daten liegt dann bei denjenigen, die die Daten nutzen, z. B. Presse, Vereine, Unternehmen, einzelne Bürgerinnen und Bürger. Diese Definition wurde den Befragten vorab präsentiert.

Erfahrungen mit Open Data

Die Ergebnisse deuten auf ähnliche Erfahrungshorizonte innerhalb der Verwaltungen am Niederrhein hin. 58 Prozent geben an „eine umfassende Vorstellung davon zu haben, was Open Data sind.“ Rund 41 Prozent der Befragten haben im Rahmen ihrer Tätigkeiten mit Open Data zu tun. Weniger als die Hälfte nutzen Open Data selber (47%). Lediglich 30 Prozent der Befragten haben schon einmal selber Open Data aufbereitet (Abbildung 1).

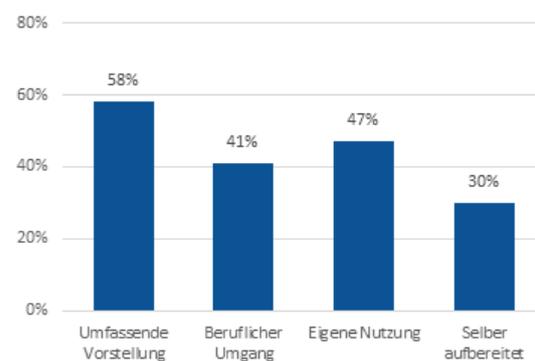


Abb. 1: Persönliche Erfahrung mit Open Data (in Prozent)

Neben den persönlichen Erfahrungen mit Open Data fragte die Umfrage auch nach der allgemeinen Situation innerhalb der Verwaltungen. Dabei ging es etwa darum, Zuständigkeiten zu ermitteln oder zu erfragen, ob überhaupt geeignete Daten innerhalb der Abteilungen vorliegen. Die überwiegende Mehrheit (62%) gibt an, dass es in den eigenen Fachabteilungen keine verantwortliche Person für Open Data gibt. Als Gründe dafür wurden vor allem Datenschutz, fehlende Zuständigkeit und Kompetenz sowie mangelnde Zeit genannt (Tabelle 1).

	Prozent	Nennungen
Datenschutz	14.1	34
Keiner ist zuständig	12.9	31
Niemand kennt sich aus	12.4	30
Keine Zeit	10.8	26
Wird nicht als wichtig erachtet	7.5	18
Es gibt rechtliche Unklarheiten	5.4	13
Technisch nicht möglich	2.5	6
Weiß ich nicht	15.4	37

Tab. 1: Antworten auf die Frage, warum es keine verantwortliche Person für Open Data gibt (n = 106 / mehrfach Nennung möglich)

Auch wenn es in vielen Fachabteilungen keine verantwortliche Person für Open Data gibt, kennen die meisten Befragten die verantwortliche Person innerhalb ihrer Verwaltung (55%). Persönlichen Kontakt zu den zuständigen Personen hatten nur etwa ein Drittel der Befragten (34%). Rund die Hälfte (48%) der Befragten gibt an, dass es in ihrer Abteilung Daten gibt, die für Open Data in Frage kommen würden. Allerdings scheinen viele dies auch nicht genau zu wissen (37%) wohingegen nur 15 Prozent angeben, dass es keine relevanten Daten in ihren Fachabteilungen gäbe.

Einstellungen und Meinungen zu Open Data

Im Rahmen der Befragung wurden die Teilnehmenden gebeten ihre Zustimmung zu einer ganzen Reihe auf Open Data bezogene Aussagen anzugeben. Dabei zeigt sich ein überwiegend positives Einstellungsbild: 90 Prozent halten die Bereitstellung für sinnvoll. Entsprechend wird der Aussage, dass Open Data „keinen Nutzen bringt“ von 87 Prozent nicht zugestimmt. Auch das polemisch negativ formulierte Statement „Ich verstehe nicht, wofür offene Daten gut sein sollen“ wird überwiegend abgelehnt (82%). Zudem halten 77 Prozent der Befragten die Verwaltungsdaten für aussagekräftig. Rund 40 Prozent stimmen der Aussage zu, dass der Aufwand der Bereitstellung hoch sei. Rund 60 Prozent stimmen dem (eher) nicht zu. Die Aussage, dass die Bereitstellung zwar „sinnvoll, aber aktuell schwer zu leisten“ sei, stößt tendenziell auf Zustimmung (55%). Die überwiegende Mehrheit der Befragten sieht in Open Data kein Modethema, welches man bespiele, um modern zu wirken (70% Ablehnung).

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass es noch Nachholbedarf gebe den Nutzen von Open Data auch sichtbar zu machen. 85 Prozent stimmen der Aussage zu, dass hier „noch nicht genug getan“ würde. Deutlich über die Hälfte der Befragten (55%) gibt an, dass Bürger*innen sich nicht für Open Data interessieren würden. Dabei zeigt sich allerdings, dass knapp drei Viertel (74%) der Befragten selber die bisher veröffentlichten Daten nicht für uninteressant halten.

Eine Mehrheit der Befragten (56%) gibt an, dass mit Open Data noch unerkannte Gefahren verbunden sind. Allerdings schreiben die Befragten Open Data hohe Potenziale in Hinblick auf die Stärkung der Demokratie (86%) und der Herstellung von Transparenz (93%) zu. Auch ein wirtschaftlicher Nutzen wird überwiegend erkannt (73%) (Abbildung. 2).

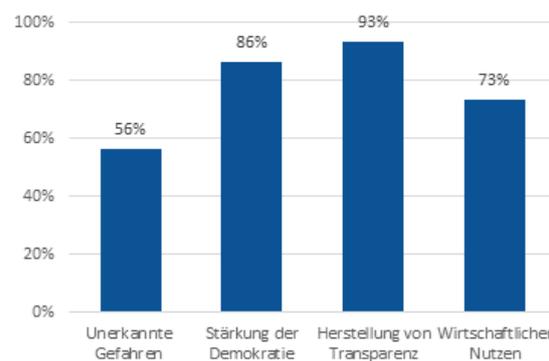


Abb. 2: Gefahr- und Potenzialwahrnehmung Open Data (Zustimmung in Prozent)

Nachholbedarf im Bereich Open Data

Die Befragten sehen erheblichen Nachholbedarf im Bereich Open Data: Nahezu alle Befragten (94%) stehen der Aussage ablehnend gegenüber, dass bereits ausreichend viel gemacht wird, um Open Data bereitstellen und nutzen zu können. Die Ergebnisse deuten weiter darauf hin, dass über zwei Drittel (70%) der Befragten durchaus Potenziale für Open Data in ihren Fachabteilungen erkennen. Die Verwaltungsmitarbeitenden wurden zudem gefragt was es bräuchte, um Open Data besser bereitstellen zu können (Abbildung 3).

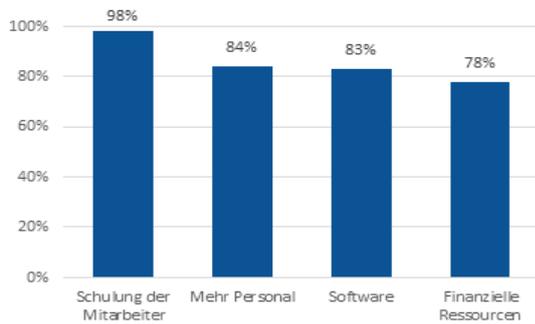


Abb. 3: Faktoren, die Open-Data fördern können (Zustimmung in Prozent)

Fortbildungsinteresse zum Thema Open Data

Das Interesse an Fortbildungen ist hoch: 70 Prozent der Befragten haben großes oder moderates Interesse an einer Fortbildung. Bei den verschiedenen Fortbildungsformaten liegen Präsenzveranstaltungen (73%) und individuelle Beratungen (62%) deutlich vor Informationen zum Selbststudium (38%). Online-Kurse sind mit 60 Prozent noch mehrheitlich beliebt.

Open Government

Im zweiten Teil der Studie ging es um das Thema Open Government (offenes Verwaltungshandeln). Unter Open Government verstehen wir die bewusste und systematische Öffnung von Lokalpolitik und Kommunalverwaltung für die Interessen, Anforderungen und Fähigkeiten der vielfältigen, mobilen, digitalen und zunehmend globalisierten Gesellschaft in den Gemeinden, Städten und Kreisen. Diese Definition wurde den Befragten vorab präsentiert.

Persönliche Erfahrungen mit Open Government

Analog zum ersten Teil der Studie wurden die Verwaltungsmitarbeitenden zuerst zu ihren persönlichen Erfahrungen befragt. Hier zeigt sich, dass nur knapp die Hälfte (51%) der Befragten der Aussage zustimmen, dass sie eine „umfassende Vorstellung davon haben, was Open Government ist.“ Weniger als die Hälfte (46%) der Befragten gibt an, im Rahmen der eigenen Tätigkeiten mit Open Government zu tun zu haben. 28 Prozent geben an, nichts damit zu tun zu haben – ähnlich viele wählen die Kategorie ‚weiß ich nicht‘.

Um ein Bild über die tatsächlich ausgeübten Tätigkeiten zu erhalten, wurden die Befragten gebeten, aus einer Reihe von Aufgaben zu wählen. Dabei waren Mehrfachnennungen möglich. Die Antworten zeigen, dass rund 62 Prozent der Befragten Fragen von Bürger*innen beantworten. Diese Tätigkeit ist mit Abstand die am häufigsten genannte. Informationen auf Webseiten bereitstellen gehört für 30 Prozent der Befragten zum Alltag. Über ein Viertel (26%) stellen Dokumente zu Gremiensitzungen bereit. Digitale Serviceangebote gestalten oder Open Data bereitstellen wird von 17 Prozent der Befragten als Tätigkeit angegeben. Rund ein Viertel (26%) gibt an, keine der angegebenen Tätigkeiten auszuführen.

	Prozent	Nennungen
Fragen der Bürger*innen beantworten	61.8	149
Informationen auf Stadt-Webseite einstellen	29.5	71
Dokumente zu Gremiensitzungen bereitstellen	26.1	63
digitale Services für Bürger*innen gestalten	17.4	42
Open Data bereitstellen	17.0	41
Beteiligungsverfahren durchführen	14.9	36
Inhalte für Social Media aufbereiten	13.3	32
zu einem Newsletter beitragen	10.8	26
keine dieser Tätigkeiten	25.7	62

Tab. 2: Antworten auf die Frage, welche der genannten Tätigkeiten man im Rahmen seiner Arbeit ausführt (Mehrfachnennung möglich)

Einstellungen und Meinungen zu Open Government

Nahezu alle Befragten halten Open Government für sinnvoll (97%). Konsequenterweise wird die Aussage, dass Open Government keinen Nutzen bringen würde, von 93 Prozent abgelehnt. Der Aussage, dass der damit verbundene Aufwand hoch sei, wird mehrheitlich (62%) nicht zugestimmt. Der Aufwand wird dabei von einer großen Mehrheit (83%) als gerechtfertigt eingestuft. Rund zwei Drittel der Befragten (67%) stimmen der Aussage zu, dass Open Government zwar sinnvoll, aber aktuell schwer zu leisten sei.

Ähnlich wie beim Thema Open Data deuten auch in Bezug auf Open Government die Antworten der Befragten darauf hin, dass es noch Nachholbedarf gebe, den Nutzen sichtbar zu machen. 82 Prozent stimmen der Aussage zu, dass hier „noch nicht genug getan“ würde.

Es zeigt sich keine klare Tendenz mit Blick auf die Aussage, dass bisherige Angebote schwer zu verstehen und zu nutzen seien. Eine knappe Mehrheit von 54 Prozent stimmt dem eher zu. Allerdings hat dies keine Auswirkungen auf die generelle Perzeption, dass Open Government sinnvoll ist: Die Aussage, „ich verstehe nicht, wofür Open Government gut sein soll“ wird mehrheitlich und stark abgelehnt (88%). Auch die Aussage, dass Bürger*innen sich nicht für Open Government interessieren wird mehrheitlich abgelehnt (59%). Dabei werden die Angebote nicht als uninteressant eingestuft. 63 Prozent stimmen der Aussage, dass bisherige Angebote uninteressant seien, nicht zu.

Knapp die Hälfte der Befragten (49%) gibt an, dass mit Open Government noch unerkannte Gefahren verbunden sind. Die Befragten schreiben auch Open Government hohe Potenziale in Hinblick auf die Stärkung der Demokratie (87%), die Herstellung von Transparenz (95%) und die wirtschaftliche Nützlichkeit (75%) zu (Abbildung 4).

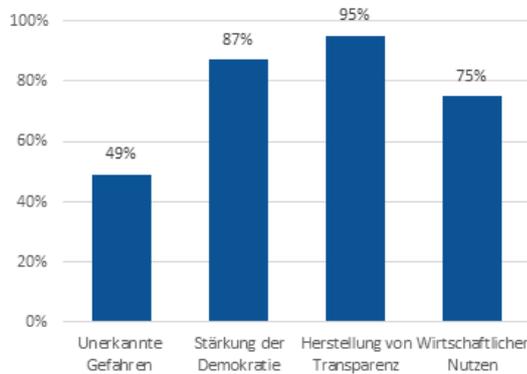


Abb. 4: Gefahr- und Potenzialwahrnehmung Open Government (Zustimmung in Prozent)

Wirksamkeit von Open Government

Im weiteren Verlauf der Umfrage wurden die Teilnehmenden gebeten, die Wirksamkeit verschiedener Instrumente von Open-Government einzuschätzen. Abbildung 5 zeigt die Zustimmungswerte zu verschiedenen Instrumenten. So werden Digitale Dienstleistungen von 96 Prozent der Befragten als wirksame Maßnahme verstanden, um Open Government voranzubringen. Rund 3 von 4 Befragten sehen dies auch bei Präsenzveranstaltungen.

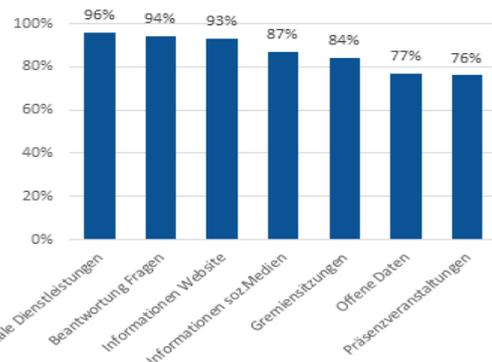


Abb. 5: Zustimmung zur Wirksamkeit verschiedenen Open Government Maßnahmen

Wie kann man Open Government verbessern?

Auch mit Blick auf Open Government sehen fast alle Befragten (93%) noch Nachholbedarf. Ähnlich wie bei Open Data werden auch hier mehr Personal (87%) und mehr finanzielle Ressourcen (88%) und Software (82%) einhellig als wichtige Verbesserungsfaktoren eingestuft. Nahezu alle Befragten (97%) stimmen der Aussage zu, dass es Schulung der Mitarbeiter*innen bräuchte. Abbildung 6 zeigt die Zustimmungswerte zu Faktoren, die Open Data und Open Government verbessern könnten.

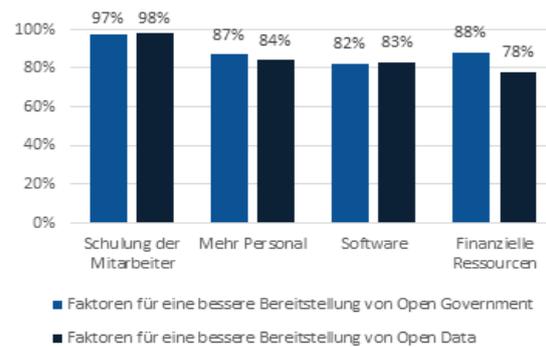


Abb. 6: Faktoren die Open Data und Open Government fördern können (Zustimmung in Prozent)

Fortbildungs- und Informationsinteresse zum Thema Open Government

Das Interesse an Fortbildungen ist ebenfalls hoch: 74 Prozent der Befragten haben großes oder moderates Interesse. Bei den verschiedenen Fortbildungsformaten liegen Präsenzveranstaltungen (71%) und individuelle Beratungen (59%) deutlich vor Informationen zum Selbststudium (41%). Online-Kurse sind mit 59 Prozent noch mehrheitlich beliebt.

Diskussion

Ziel der vorliegenden Studie war es die Einstellungen, den Wissensstand und den bisherigen Erfahrungsschatz von Mitarbeiter*innen der Kommunalverwaltungen am Niederrhein zu den Themenfeldern Open Data und Open Government zu explorieren.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Vertrautheit und die alltägliche Praxis sowohl mit Blick auf Open Data als auch Open Government unter den Befragten moderat sind. Rund die Hälfte gibt an, hier eine genaue Vorstellung darüber zu besitzen, was beide Begriffe bedeuten. Dies zeigt, dass Open Government und Open Data auch weiterhin als sozio-technische Innovationen innerhalb der Kommunalverwaltungen betrachtet werden können, die für eine erfolgreiche Diffusion die Unterstützung und Nutzung der Mitarbeiter*innen benötigen (Steinbach & Süß, 2018). Aufgrund hoher Risiken und zahlreichen Anforderungen an die Kommunalverwaltungen und Mitarbeiter*innen erweist sich die initiale Akzeptanz gegenüber Veränderungen und damit verbundener Konstrukte wie den Einstellungen der Mitarbeiter*innen jedoch insbesondere im öffentlichen Sektor oftmals als schwierig.

Die konzeptbezogenen Einstellungen jedoch sehr positiv. Eine überwiegende Mehrheit schreibt sowohl Open Data als auch Open Government demokratie- und transparenzfördernde Wirkung sowie wirtschaftlichen Nutzen zu. Auch ihre Bereitstellung bzw. Umsetzung wird als sinnvoll und positiv erachtet, obwohl viele eigentlich gar nicht genau wissen, um was es sich dabei handelt. Bemerkenswert ist dabei, dass (teilweise deutlich über) die Hälfte mit Open Data und Open Government noch nicht abzusehende Gefahren verbindet. Die „German Angst“ ist also durchaus ausgeprägt, aber scheint den positiven Grundtenor nicht zu beeinflussen. Die Ergebnisse der Studie zeigen dahingehend, dass trotz diffiziler Bedingungen wie einer hohen deutschen Unsicherheitsvermeidungskultur (Hofstede et al., 2010), einer unzureichenden Fokussierung auf digitale Kompetenzen und Fähigkeiten innerhalb der Verwaltungspraxis (Christian & Davis, 2016) oder einer starken hierar-

chischen und aufgabenorientierten Verwaltungskultur (Bogumil & Holtkamp, 2013) Open Government und Open Data von den Mitarbeiter*innen der Verwaltungen insgesamt als positiv bewertet werden. Dies lässt Rückschlüsse auf die Dominanz ideeller Urteile bei der Bewertung von Open Government und Open Data zu, wohingegen pragmatische Argumente, nur eine sekundäre Rolle einnehmen (Liao & Schachter, 2018). Dies verwundert insofern, als das bestehende Forschung ideellen Urteilen einen geringeren Erklärungsgehalt für die Einstellung gegenüber Open Government zuschreibt (Liao & Schachter, 2018). Eine mögliche Erklärung liegt im zunehmenden externen wie internen Druck, Kommunalverwaltungen nach außen hin zu öffnen und der Übernahme dieser Position durch die Mitarbeiter*innen aufgrund von sozialem Einfluss (Zhang & Freeney, 2018).

Zudem zeigt sich auch ein großer Wille zur Fort- und Weiterbildung. Open Data und Open Government sind eindeutig keine Modethemen, sondern werden als langfristige und vor allem sinnvolle Ideen wahrgenommen. Gleichsam ist man sich darin einig, dass es noch einiges zu tun gibt, um die Potenziale zu heben. Im Einklang mit bisheriger Forschung werden dabei vor allem mehr finanzielle, personelle und technische Ressourcen als zielführend eingestuft. Die Mitarbeiterschaft beständig fortzubilden ist für nahezu alle essentiell. Aufgrund defizitärer Haushalte, fehlendem Personal und hohem zeitlichen Druck erweist sich die Bereitstellung von ausreichenden Ressourcen jedoch als zentrale Herausforderung, die insbesondere ein verstärktes Engagement durch die Politik und die Verwaltungsführungen erfordert (Carr-West, 2018; Toots, 2019). Mit Blick auf die Limitierungen ist anzumerken, dass neben dem selbstselektierten Sample die soziale Erwünschtheit der Themenfelder Open Government und Open Data die Ergebnisse verzerren können, zumal die Forschungsdaten im Rahmen eines darauf ausgerichteten Reallabors erhoben wurden. Ebenfalls wurden die Einstellungen und Erfahrungen lediglich innerhalb eines Erhebungszeitpunktes gemessen. Die Stabilität und Veränderung der Positionen können auf diese Weise nicht erfasst werden.

Literatur

Blasio, E., & Selva, D. (2016). Why Choose Open Government? Motivations for the Adoption of Open Government Policies in Four European Countries, *Policy & Internet*, 8(3), 225-247.

Bundesregierung 2021: *Open-Data-Strategie der Bundesregierung*. URL: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975228/1940386/1d269a2ad1b6346fcf60663bdea9c9f8/2021-07-07-open-data-strategie-data.pdf?download=1>, letzter Aufruf: 02.02.2022.

Bürger, T., & Hoch, A. (2020). *Open Data in Kommunen Eine Kommunalbefragung zu Chancen und Herausforderungen der Bereitstellung offener Daten*. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Carr-West, J. (2018). Redressing the trust deficit. Local governments and citizen engagement. In Kerley R. et al. (Ed.). *The Routledge Handbook of International Local Government* (S. 296-306). Routledge.

Cary, C., & Davis, T. (2016). Revisiting the Information Technology Skills Gap in Master of Public Administration Programs, *Journal of Public Affairs Education* 22(2), 171–174

Clarke, A. & Margetts, H. (2014). Governments and Citizens Getting to Know Each Other? Open, Closed and Big Data in Public Management Reform. *Policy & Internet*, 16(4), 393–417.

EUR-Lex (2019). *Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors*. URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32019L1024>, letzter Aufruf: 02.02.2022.

Fischer, T. (2019). Digitale Governance. In K. Möltgen-Sicking & T. Winter, T. (Hrsg.). *Governance. Eine Einführung in Grundlagen und Politikfelder* (S. 227-250). Springer VS.

Hofstede, G., Hofstede, G. J. & Minkov, M. (2010). *Cultures and Organizations: Software of the Mind; Intercultural Cooperation and Its Importance for Survival*. McGraw-Hill.

Holtkamp, L., & Bogumil, J. (2013). *Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung - Eine praxisorientierte Einführung*, Bundeszentrale für politische Bildung.

Neutzner, M. (2019). *Kommunales Open Government. Gebrauchsanleitung für eine Utopie*. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Berlin.

Open Data Atlas (2022). URL: <http://opendata.tursics.de/>, letzter Aufruf: 02.02.2022.

Liao, Y., & Schachter, H. L. (2018). Exploring the antecedents of municipal managers' attitudes towards citizen participation. *Public Management Review*, 20(9), 1287-1308.

Toots, M. (2019). Why E-participation systems fail: The case of Estonia's Osale.ee. *Government Information Quarterly*, 36(3), 546–59.

Zhang, F., & Feeney, M. K. (2018). Managerial Ambivalence and Electronic Civic Engagement: The Role of Public Manager Beliefs and Perceived Needs. *Public Administration Review*, 78(1), 58–70